

PARITÄTISCHER FORDERT STEUERABZUG FÜR ALLE BESCHÄFTIGTEN IN SOZIALEN DIENSTEN IN HÖHE VON 500 EURO

09. April 2020



(Berlin) Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert angesichts der enormen Belastungen, denen Mitarbeitende in der sozialen Arbeit und anderer bereits als „systemrelevant“ definierten Berufe derzeit corona-krisenbedingt ausgesetzt sind, einen steuerfinanzierten Bonus in Form eines pauschalen Steuerabzugs in Höhe von 500 Euro. Der Verband weist darauf hin, dass in den sozialen Diensten und Einrichtungen – von der Kinderbetreuung über die Eingliederungshilfe bis zu Beratungsstellen und Hilfen für Menschen in existenziellen Krisen wie Obdachlose oder Geflüchtete – gerade unter schwersten Bedingungen daran gearbeitet werde, Angebote und Unterstützung für Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, aufrecht zu erhalten. Deshalb müssten auch diese als „systemrelevant“ eingestuft werden und vor allem auch eine finanzielle Anerkennung erhalten.

Die Situation in Gesundheitswesen und Pflege und aller, die dort im Einsatz sind, sei zurecht in den vergangenen Wochen in den öffentlichen Fokus gerückt, da hier nachvollziehbarerweise die akute Krisenbewältigung zuallererst und besonders dramatisch zur Herausforderung wurde. Der Paritätische begrüßt vor diesem Hintergrund auch noch einmal ausdrücklich die Einigung von Politik und Pflegekassen, eine Sofortzulage für Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen und -Diensten zu finanzieren. Gleichzeitig drohten alle anderen Menschen, die in sozialen Diensten und Einrichtungen im Einsatz sind, in den Schatten der öffentlichen Debatte zu geraten, warnt der Paritätische.

„Alle, die in systemrelevanten Berufen im Einsatz sind, vor allem aber diejenigen, die die sozialen Hilfenetze im gesamtgesellschaftlichen Interesse am Laufen halten, verdienen nicht nur

Anerkennung und Respekt, sondern auch einen finanziellen Bonus“, so Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Soziale Arbeit ist Beziehungsarbeit, von Menschen für Menschen, und in Zeiten von Kontaktsperrungen sind die hier Beschäftigten in besonderer Weise gefordert.“ Der Paritätische fordert daher einen Steuerabzug für alle Berufe, die in der Wohlfahrt besonderen coronabedingten Belastungen ausgesetzt sind.

Auch bei der Verteilung von Schutzausstattung und Desinfektionsmitteln müssten soziale Einrichtungen zwingend berücksichtigt werden. Der Paritätische warnt vor dramatischen Infektionsketten und -verläufen, wenn Alten- und Behindertenhilfe sowie Angebote und Hilfen für Menschen in existenziellen Notlagen wie Obdachlose, Suchtgefährdete oder auch Jugendhilfeeinrichtungen sowie Flüchtlingsunterkünfte nicht mit Schutzkleidung und Desinfektionsmittel versorgt würden. „Wir müssen die Mitarbeitenden in sozialen Diensten aller Art wirksam vor Infektionen zu schützen, um Hilfen aufrecht zu erhalten und rasante Ansteckungsketten in Einrichtungen zu verhindern. Überall wo viele Menschen zwangsläufig zusammenkommen müssen, weil sie nicht allein zuhause bleiben können oder auf Hilfe angewiesen sind, muss bester und unbürokratischer Schutz garantiert sein“, so Hesse.

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Telefon: 030 24636-305

E-Mail: [pr\(at\)paritaet.org](mailto:pr(at)paritaet.org)